

# Höhenlage und Höhe bzw. Stellung baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO; § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

5.2 Definition Gebäudehöhe (im GE und GE<sup>E</sup>). Traufhöhe

5.4 Traufhöhen im WA1, WA2 und WA3

5.5 Stellung der Gebäude im WA1 bis WA4 (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

7. Bauweise (§ 22 BauNVO) 7.1 Abweichende Bauweise im WA3 (§ 22 Abs. 4 BauNVO)

7.2 Abweichende Bauweise im WA4 (§ 22 Abs. 4 BauNVO)

7.3 Offene Bauweise im WA1 und WA2 (§ 22 Abs. 2 BauNVO)

8. Nebenanlagen (§ 14 BauNVO)

 Stellplätze, Garagen und Zufahrten (§ 12 BauNVO) und ihre Befestigung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) rdachte Stellplätze, Carports und Garagen, sind ab einem Abstand von 16 m zu der Straßer

Stellplätze und Garagen im WA1 und WA2

9.2 Stellplätze und Garagen im WA3, WA5, MI, MI1 und GE<sup>E</sup>

Entfallen mit Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans am 14.10.2004. 9.4 Entfallen mit Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans am 14.10.2004.

9.6 Stellplätze und Gemeinschaftsanlage Tiefgaragen im MK und unter dem

11. Anpflanzen und Erhalten von Bäumen. Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB) 

rsetzen. Es sind Arten gemäß Artenliste zu verwenden. 11.2 Begrünung von Nebenanlagen, Stellplätzen und Garagen

Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden sind an ihren zum öffentlichen Raum hin gelegenen vertikalen Bauteilen mit Pflanzen zu begrünen. Werden diese in einem Abstand von 1 bis 3 m zum Nachbargrundstück hin errichtet, so sind diese seltlichen vertikalen Bauteile zu mindestens 50 % zu begrünen.

11.5 Bepflanzungen der öffentlichen Verkehrsflächen In den öffentlichen Verkehrsflächen mit 6,5 bis 12 m Breite ist je angefangener 20 m Straßenlänge einseitig ein hochstämmiger Laubbaum anzupflanzen. In den Wohnstraßen sind je 30 m Straßenlänge drei Sträucher im Grünstreifen bzw. im Bereich des Schotterrasens zu pflanzen,

11.6 Bepflanzungen der öffentlichen Grünflächen (Parkanlagen)
Die offentlichen Grünflächen sind zu mindestens 20 % mit Sträuchern zu bepflanzen (gemä
Artenliste). Die Pflanzdichte ist mit 1 Pflanze je 1,5 m² anzusetzen. Je 1,000 m² offentliche
Grünfläche sind 3 Laubbäume (gemäß Artenliste) zu pflanzen. Die Pflanzungen sind dauerhatz
erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen. Die verbleibenden Flächen sind als Wiese ode
Rasen zu erhälter.

11.7 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sowie für die Erhaltung on Baumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern ie Gehöbzbestände sind sozu erganzen, dass auf 80 % der Flache eine vollflächige Bepfl ung (Pflanzötichte 1 Pflanze je 1,5 m²) aus einheimischen Laubgehötzen (gemäß Artenlis

11.8 Öffentliche Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger

11.9 Private Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen

Bepflanzungen

Je Grundstück sind mindestens 60 % dieser Flächen vollflächig mit Bäumen und Sträuchern

gemäß Artenliste im Pflanzverbund 1,5 x 1,5 m zu bepflanzen. Die Pflanzungen sind dauerhaft zu

erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen. 11.10 Entfallen mit Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans am 14.10.2004.

11.11 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen/ Lärmschutzanlage

Der Lärmschutzwall im Abschnitt D ist auf seiner Ostseite und auf der Krone vollflächtig mit
Bäumen und Sträuchern, gemäß Artenliste, zu bepflanzen (Pflanzdichte 1 Pflanze je 1,5 m²).

Die Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen. Auf dem flach
geneigten Hang der Westseite ist mittels einer geeigneten Initialansaat eine Magerwiese
anzulegen.

12. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (6 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

12.1 Entfallen mit Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans am 14.10.2004. 12.2 Entrohrung und Gestaltung von Gräben

Die verröchten Grabenabschnitte sind zu entröhren. Der offene Wasserlauf ist so umzubetten und herzusteilen, dass eine Verbindung zwischen den Griebensöllen und dem Graben Nr. 2/3 entsteht. Das Fließgewässer ist naturnah herzusteilen und naturraumgerecht zu bepflanzen. Abweichungen des tatsächlichen Verlaufes vom zeichnerisch gekennzeichneten Verlauf um bis zu 20 m sind zulässig (vgl. Hinweis 3).

12.3 Naturnahe Bepflanzungen und Sukzessionsfläche

12.4 Geh- und Radwege im öffentlichen Grün

12a Anlage von Regenwasserrückhaltebecken (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 und Nr. 20 BauGB liche Zufahrten sind, außer im direkten Bereich der Becken (schräge Abfahrt), in Die Becken sowie ihre Zu- und Abläufe sind naturnah auszugestalten und mit ingenieurbiologischen Maßnahmen zu sichern.
Die Flächen, die nicht durch notwendige technische Bauwerke in Anspruch genommen werden, sind gem. TF 12.3 anzulegen.

13. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB) sowie öffentliche Wege 13.1 Entfallen mit Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans am 14.10.2004.

13.3 Gasleitungen

Die gekennzeichnete Fläche ist mit einem Leitungsrecht zugunsten des Versorgungsträgers zu belasten. Die Leitungsrechte umfassen die Befugnis der Versorgungsträger unterirdische Leitungen entsprechend der bezeichneten Art zu unterhalten und zu erneuem. Nutzungen wie hochbauliche Anlagen und tiefwurzelnde Sepfanzungen, welche die Unterhaltung und Erneuerung beeintrachtigen können, sind innerhalb der mit Leitungsrecht festgesetzten Flächen unzulässig. Grundstückserschließung der privaten und öffentlichen Grünfläche

14. Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB) 14.1 Lärmschutzwall/-wand

14.2 Lärmschutzwand

14.3 Schallschutz an den Gebäuden

Schallschutz an den Gebäuden Innerhalb der gekennzeichneter lächen sind bei Gebäuden, die überwiegend dem Wohnen dienen, gemäß den Anforderungen der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" Baustoffe und Bauteile zu verwenden, die ein Schalldämmass von Ri<sub>W. res</sub>= 35 dB erreichen. Innerhalb des Wohngebietes WA6 und der Gemeinbedarfsfläche "Schule" sind in einem Abstand von bis zu 30 m von der Geltungsbereichsgrenze (Messestraße) an den nördlichen und westlichen Gebäudewänden bei Gebäuden, die überwiegend dem Wohnen bzw. Aufenthalt dienen, gemäß den Anforderungen der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" Baustoffe und Bauteile zu verwenden, die ein Schalldämmass von Ri<sub>W. res</sub>= 40 dB erreichen. In den nicht zeichnerisch gekennzeichneten MK, GE und GE<sup>E</sup> sind bei der Errichtung von Wohnungen gemäß den Anforderungen der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" Baustoffe und Bauteile zu verwenden, die ein Schalldämmass von Ri<sub>W. res</sub>= 40 dB erreichen.

16. Anzahl der Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB) In den WA1 und WA2 dürfen in Einzelhäusern maximal zwei Wohnungen entstehen

17. Bauliche Anlagen in Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB) Innerhalb der öffentlichen Grünfläche Zweckbestimmung Parkanlage mit Spiel- und Rasensportmög-lichkeiten sowie Füß- und Radwegen sind bauliche Anlagen nur zulässig, soweit sie mit der Zweckbe-stimmung dieser Fläche vereinbar sind. Im übrigen sind bauliche Anlagen des Hochbaus unzulässig. Bestehende bauliche Anlagen, die der Zweckbestimmung nicht entsprechen, sind zu entfernen. Örtliche Bauvorschriften (§ 86 LBauo M-V)

1.1 Im Gewerbegebiet (GE)

In den Misch-, Wohn- und Kerngebieten (MI, WA, MK)

Werbeanlagen und Warenautomaten sind in offentlichen Grünflächen unzulässig. In den Daugebieten sind Werbeanlagen nur innerhalb der Daugrenzen zulässig. Werbeanlagen duffen keine wesentlichen Bauglieder oder Architekturelemente verdecken. Dachw sind unzulassig. gen, die parallel zur Fassade angebracht sind, sind aus Einzelteilen zu bilden, deren Höl

Ordnungswidrigkeiten (§ 84 LBauO M-V)

Ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde

ofisialacit euroriteit immeritate derivate si miroditubelenteis betragt die fetel Lebungsachs at die Fol. 111 DN 800: Hindralb eines 5-m Schutzbereiches, beidseltig der Leitungsachse, sind keine Applianzungen von Baumen und Strauchern zullassig, Innerhalb eines 20 m Schutzbereiches, beidselt tig der Leitungsachse ist die Errichtung von Hochbauten unzulässig. Ein Unterschreiten dieser Abstandes ist nur mit einzuhlenderd Genehmigung des Versorgungsträgers möglich.

Oberflächenentwässerung Das Regenwasser ist gemäß § 39 Landeswassergesetz (LWaG) auf den Grundstücken zu versicker Sollte in einem Baugrundgutachten der Nachweis erbracht werden, dass dies nicht möglich ist, ist e Anschluss an die Regenwasserkanalisation zu heantragen

ger Geruch, anormale Farbung, Austritt von verunreinigten Flüssigkeiten, Ausgasungen, Reste alte Ablagerungen, (Hausmöll, gewerbliche Abfalle etc.) angetroffen, ist der Grundstücksbesitzer als Abfall besitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubes nach § 11 Kreislaufwirt schafts- und Abfallgesetz (KrW-AbfG vom 27.09.1994 BGBL 1.S. 2705, zuletzt geändert durch Gesetz

Die südliche Planungsgrenze verläuft im Randbereich der wilden Deponie des ehemalig verkehrs Ostseetrans. Bei den 1997 durchgeführten Untersuchungen im Randbereich die wurden keine auffälligen Schadstoffkonzentrationen festgestellt. Aufgrund des Abfalli

Der zeichnerisch gekennzeichnete Bohrbrunnen Brunnen II ist gemäß § 1 Wassersicherstellungsg etz (WaSG) als Notwasserbrunnen zu erhalten. Der Bohrbrunnen IV kann nach einzuholend Senehmigung des Amtes für Unweltschutz der Stadt Rostock, Abteliung Wasserwirtschaft enftallen. Die Errichtung von Brunnen zur Grundwasserentnahme (z.B. für den Garten) ist im Plangebiet nic Die gekennzeitennete orunowassermessstelle ist gemals 3 97 Lwats und 3 24 Abrailwintschafts-kildiatengescetz zu erhalten, die Zugänglichkeit ist dauschaft sicherzustellen. Die Durchführung Baumaßnahmen oder Erdarbeiten im unmittelbaren Umfeld der Grundwassermessstelle sowie be sichtigte Veränderungen an der Messstelle sind dem Amt für Umweltschutz der Hansestadt Rost Abteilung Bodenschutz und Umweltplanung, mindestens eine Woche vor Beginn der Arbeiten mitzt

ernatio der mit. "A gekennzeichneten ömentuichen Gruntlacien wir den ober gehannten Eingrimen einstyreichnet Fläche angerechnet. Die Summe aller übriger möglicher Aufwertungen aus den fest; etzten Maßnahmen auf öffentlichen Grünflächen oder Maßnahmeflächen im Plangebiet wird c ingriffen externer Plantvorhaben der Hansestadt Rostock zur Verfügung stehen und dört Zugeordnet

Vorhaben innerhalb der Abstandsflächen an der B 103

für die Errichtung baulicher Anlagen (Lärmschutzwall) in der 20-m Anbauverbotszone nach § 9 Abs. Ir. 1 (FStrG) entlang der Stadtautobahn (B 103) ist eine Ausnahmegenehmigung des Trägers de

Baumschutz
Die nicht mit Erhaltungsgebot festgesetzten Bäume dürfen nur in dem Umfang beseitigt werden, wi
dies zur Verwirklichung der zugelassenen baulichen Nutzung unvermeidlich ist. Die Bestimmungen de
Baumschutzes (Baumschutzverordnung, bzw. mit deren Rechtskraft die Baumschutzsatzung de
Hansestadt Rostock) sind einzuhalten.

Der Ursprungsbebauungsplan wurde aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 (BGBI. I S. 2253), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes vom 17. Dezember 1997 (BGBI. I S. 3108), sowie nach § 86 der Landesbauordnung (LBauC M-V) vom 06. Mai 1998 (GVOBI. M-V S. 468, 612) nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft vom 07.04.1999 und mit Genehmigung des Ministeriums für Arbeit und Bau vom 16.06.1999, Az: VIIII 230e-512.113-03.000 (05.MI.82), sowie nach satzungsänderndem Beschluss der Bürgerschaft vom 12.07.2000 als Satzung erlassen.

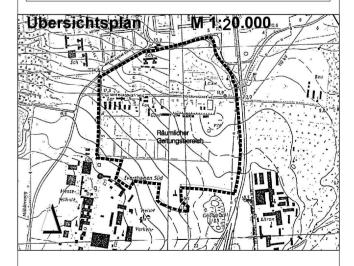
Die Erteilung der Genehmigung des Ursprungsbebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind im Städtischen Anzeiger am 04.10.2000 ortsüblich bekannt gemacht worden. Die Satzung über den Ursprungsbebauungsplan ist am 05.10.2000 in Kraft getreten.

#### Angaben zur 1. Änderung des Bebauungsplans

Die 1. Änderung des Bebauungsplans wurde aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBI. I S. 2141, 1998 I S. 137), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBI. I S. 1950, 2013), sowie nach § 86 der Landesbauordnung (LBauG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Mai 1998 (GVOBI. M-V S. 468, 612), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 09. August 2002 (GVOBI. M-V S. 511), nach Beschlussfassung durch die Bürgerschaft vom 28.12004 und mit Genehmigung des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesenkunkcklung Mecklenburg-Vorpommern vom 25.05.2004, Az.: VIII 230e-512.113 - 03000 (05.MI.82/1. Ä), als Satzung erlassen.

Die Erteilung der Genehmigung der 1. Änderung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind im Städtischen Anzeiger am 13.10.2004 ortsüblich bekannt gemacht worden. Die Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans ist am 14.10.2004 in Kraft getreten.

Der vorliegende Plan stellt die redaktionelle Zusammenfassung der seit dem 14.10.2004 rechtskräftigen Festsetzungen für das Bebauungsplangebiet dar.



#### **Hansestadt Rostock** Bebauungsplan Nr. 05.Ml.82

"Evershagen-Süd" in der internen Arbeitsfassung

M 1:2000

Mit örtlichen Bauvorschriften

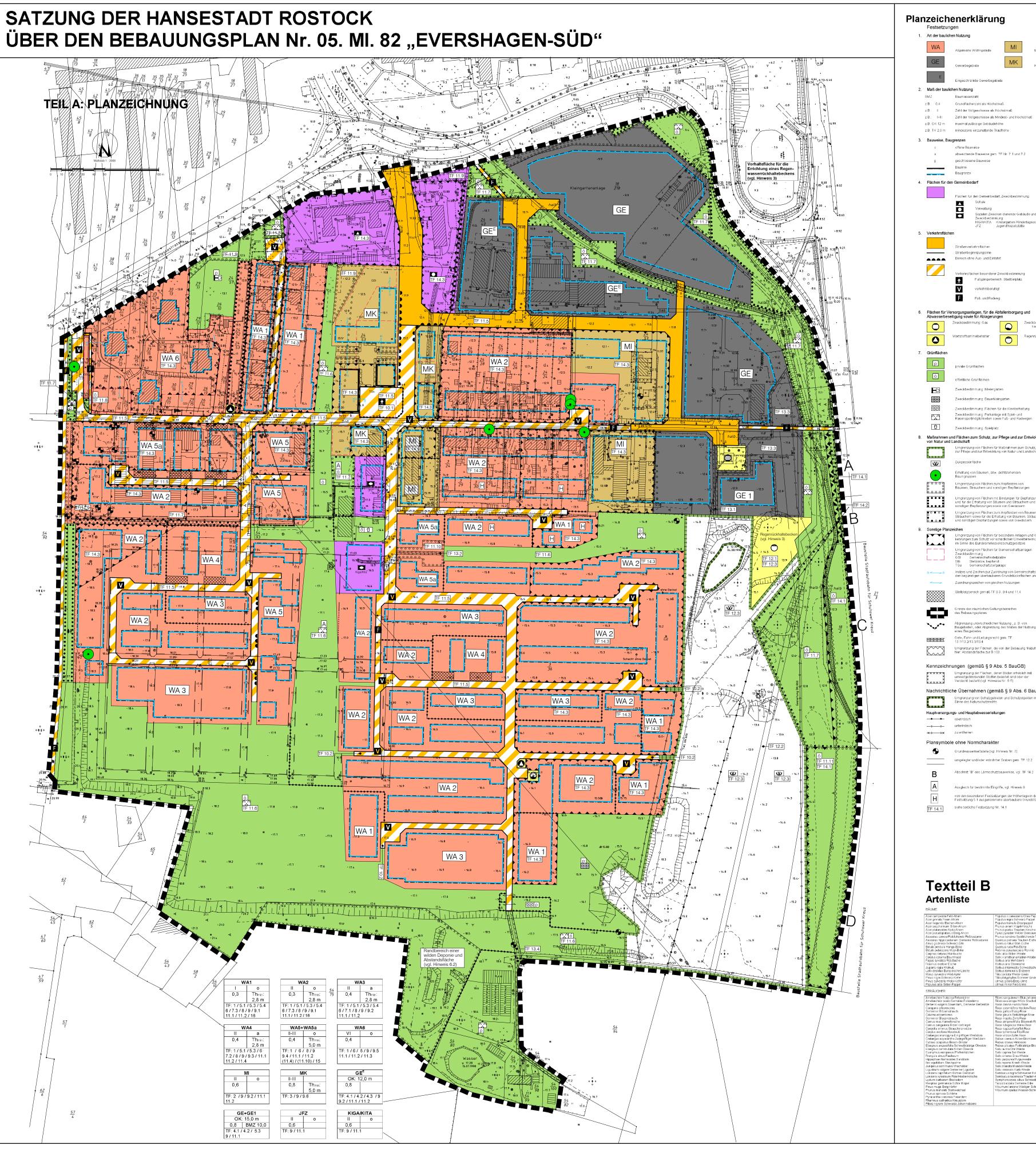
aufgrund der 1. Änderung



#### **Präambel** Planzeichenerklärung SATZUNG DER HANSESTADT ROSTOCK -BauNVO-) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBI. I S. 132), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstel-lung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBI. I S. 466) sowie die Verordnung über die Ausarbei-tung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 -PlanzV 90-) vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 I S. 58). ÜBER DIE 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS Nr. 05. Ml. 82 "EVERSHAGEN-SÜD" 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950, 2013), sowie nach § 86 der Landesbauordnung (LBauO M-V) in der 1. Art der baulichen Nutzung Verfahrensvermerke 1. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange 06.06.2003 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. Maß der baulichen Nutzung TEIL A: PLANZEICHNUNG Änderungen des Maßes der baulichen Nutzung und der Bauweise Die Bürgerschaft hat am 07.05.2003 den Entwurf zur 1. // Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen Die Entwürfe der 1. Anderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie der Begründung haben in der Zeit vom 10.06.2003 bis /erkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen GE während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung Grünflächen 4. Die Bürgerschaft hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie di Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 28.01.2004 geprüft. öffentliche Grünflächen Das Ergebnis ist mitgeteilt worden. Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und 6. Die 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 28.01.2004 von der Bürgerschaft als Satzung beschlossen. Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Rostock, 06.02.2004 Entfallendes Erhaltungsgebot für Bäume Entfallende Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen 6. Die Genehmigung der 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Erlass des Ministeriums für Arbeit, Bau und Sonstige Planzeichen Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern vom 25.05.2004 Az: VIII 230a-512.113-03000 (05.MI.82/1.A.) mit Nebenbestimmungen und Umgrenzung von Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes Entfallende Stellplatzbereiche gemäß TF 9.3, 9.4 und 11.4 Umgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen GSt Gemeinschaftsstellplätze Indizes und Zeichen zur Zuordnung von Gemeinschaftsanlagen zu den begünstigten überbaubaren Grundstücksflächen und Baugebieten 7. Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsändernden Besehluss der Bürgerschaft erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Das wurde mit Verfügung des Entfallende Flächen für Gemeinschaftsanlagen Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern vom Entfallende Indizes und Zeichen zur Zuordnung von Gemeinschaftsanlagen zu den begünstigten überbaubaren Grundstücksflächen und Baugebieten F 11.9 17.3 Senator für Bau- und Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen Kennzeichnungen (gemäß § 9 Abs. 5 BauGB) Regenrückhaltebecken Entfallende Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind oder der Verdacht besteht (vgl: 1Hinweis 3) (vgl. Hinweis Nr. 6 ff) 8. Die Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefeitigt. Plansymbole ohne Normcharakter Grundwassermessstelle (vgl. Hinweis Nr. 7) <del>• • • • • ‡</del> Entfallende Grundwassermessstelle (vgl. Hinweis Nr. 7) siehe textliche Festsetzung Nr. 14.3 9. Die Erteilung der Genehmigung der 1. Änderung des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind im Städtischen Anzeiger am 13.10.2004 ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädi-Textteil B gungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans ist mit Ablauf des 13.10.2004 in Kraft getreten. Rostock, 13.10. 2004 textliche Festsetzungen 1. Die Festsetzung 5.3 erhält folgende Fassung: "Die in den Nutzungsschablonen im Teil A (WA1 bis WA5, MI1 und MK) festgesetzten Mindest-Traufhöhen müssen auf mindestens 2/3 der Fassadenlänge eingehalten werden. Diese dürfen durch die unterste Kante des Dachabschlusses (ggf. Dachrinne) um maximal 0,60 m unterschritten werden." 2. In der Festsetzung 8. erhält Satz 2 folgende Fassung: "Ab einem Abstand von 16 m von der Straßenbegrenzungslinie der öffentlichen Verkehrsflächen und außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind diese Nebenanlagen nur mit einem Brutto-Rauminhalt von höchstens 15 m³ zulässig." 3. Die Festsetzung 9.2 erhält folgende Fassung: 9.2 Stellplätze und Garagen im WA3, WA5, MI, MI1 und GE<sup>E</sup> Im WA3, WA5, MI, MI1 und GE<sup>E</sup> ist die Errichtung von Garagen und überdachten Stellplätzen zwischen der Straßenbegrenzungslinie und den überbaubaren Grundstücksflächen nicht zulässig. 4. Die bisherige Festsetzung 9.3 entfällt. WA 3 5. Die bisherige Festsetzung 9.4 entfällt. 6. Die bisherige Festsetzung 11.4 entfällt. 7. Die bisherige Festsetzung 11.10 entfällt. 8. Die bisherige Festsetzung 12.1 entfällt. 9. Hinter der Festsetzung 12.4 wird die Festsetzung 12 a eingefügt: "12a Anlage von Regenwasserrückhaltebecken (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 und Nr. 20 BauGB) Erforderliche Zufahrten sind, außer im direkten Bereich der Becken (schräge Abfahrt), in wasserdurchlässiger Bauweise auszuführen. Zwischen Soll und dem südlichen RRB ist ein Abstand von mindestens 20 m und TF 12.3 zwischen den vorhandenen Gehölzbeständen und dem südlichen RRB von mindestens TF 12.3 der Bestandshöhe der Gehölze einzuhalten. Die Becken sowie ihre Zu- und Abläufe sind naturnah auszugestalten und mit ingenieur-Die Flächen, die nicht durch notwendige technische Bauwerke in Anspruch genommen werden, sind gem. TF 12.3 anzulegen." 10. Die bisherige Festsetzung 13.1 entfällt. 11. Die Festsetzung 13.2 erhält folgende Fassung: Die Fläche ist mit einem Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit sowie bei Bedarf mit einem Leitungsrecht zugunsten der Versorgungsträger zu belasten." 12. Die bisherige Festsetzung 15. entfällt. 13. Hinter der Festsetzung 16. wird die Festsetzung 17. eingeführt. TF 14.3 Bauliche Anlagen in Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB) Innerhalb der öffentlichen Grünfläche Zweckbestimmung Parkanlage mit Spiel- und Rasensportmöglichkeiten sowie Fuß- und Radwegen sind bauliche Anlagen nur zulässig, soweit sie mit der Zweckbestimmung dieser Fläche vereinbar sind. Im übrigen sind bauliche Anlagen des Hochbaus unzulässig. Bestehende bauliche Anlagen, die der Zweckbestimmung nicht entsprechen, sind zu Örtliche Bauvorschriften (§ 86 LBauo M-V) 14. In der örtlichen Bauvorschrift Nr. 1.2 erhält der Satz 2 folgende Fassung: "Ausgenommen hiervon sind Dächer von Wohngebäuden als Hausgruppen, Garagen, Carports und Nebenanlagen in Form von Gebäuden." 15. In der örtlichen Bauvorschrift Nr. 4 Satz 2 wird der Bußgeldbetrag von Randbereich einer 500.000 Deutsche Mark durch 250.000 Euro ersetzt. wilden Deponie und Abstandsfläche (vgl. Hinweis 6.2) Hinweise 16. Der bisherige Hinweis 6.1 entfällt. 17. Der Hinweis 6.2 erhält folgende Fassung: **Hansestadt Rostock** TF: 1 / 5.1 / 5.3 / 5.4 TF: 1 / 5.1 / 5.3 / 5.4 "Die südliche Planungsgrenze verläuft im Randbereich der wilden Deponie des ehemaligen Kraftverkehrs Ostseetrans. Bei den 1997 durchgeführten Untersuchungen im Rand-6/7.1/8/9/9.2 11. 6 / 7.3 / 8 / 9 / 9.1 bereich der Deponie wurden keine auffälligen Schadstoffkonzentrationen festgestellt. 1. Änderung des Aufgrund des Abfallinventars der Ablagerung besteht die Gefahr, dass niederschlagsbedingt durch Sickerwasser gelöste Schadstoffe in der grundwassergesättigten Bodenzone WA5+WA5a verlagert werden. Eine Nutzung hier entnommenen Grundwassers ist unzulässig." Bebauungsplanes Nr. 05.Ml.82 18. Im Hinweis 7 erhalten die Sätze 4 und 5 folgende Fassung: "Evershagen-Süd" 2,8 m 5,0 m "Die gekennzeichnete Grundwassermessstelle ist gemäß § 97 LWaG und § 24 Abfall-TF: 1 / 5.1 / 5.3 / 6 TF: 1/6/8/9/9.4 TF: 1/6/8/9/9.5 wirtschafts- und Altlastengesetz zu erhalten, die Zugänglichkeit ist dauerhaft sicherzu-7.2 / 8 / 9 / 9.3 / 11.1 11.1 / 11.2 / 11.3 9.2 / 11.1 / 11.2/ (11.4) stellen. Die Durchführung von Baumaßnahmen oder Erdarbeiten im unmittelbaren Um-11.2 / 11.4 (11.10) / 35 / 11.9 feld der Grundwassermessstelle sowie beabsichtigte Veränderungen an der Messstelle M 1:1000 sind dem Amt für Umweltschutz der Hansestadt Rostock, Abteilung Bodenschutz und Umweltplanung, mindestens eine Woche vor Beginn der Arbeiten mitzuteilen." Mit örtlichen Bauvorschriften Thmin: 5,0 m TF: 2 / 9 / 9.2 / 11.1 TF: 3 / 9 / 9.6 TF: 4.1 / 4.2 / 4.3 / 9 9.2 / 11.1 / 11.2 KIGA/KITA

Stand der Kartengrundlage : 10.11.1998

TF: 4.1 / 4.2 / 5.3



## Art der baulichen Nutzung

z.B.; II-III Zahl der Vollgeschosse als Mindest- und Höch

Flächen für den Gemeinbedart

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen

Zweckbestimmung: Flächen für die Kleintierhalt

Erhaltung von Bäumen, bzw. dichtstehenden Baumgruppen

Umgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen

Indizes und Zeichen zur Zuordnung von Gemeinschaftsanlagen zu den begünstigen überbaubaren Grundstücksflächen und Baugebie Zuordnungszeichen von gleichen Nutzungen Stellplatzbereich gemäß TF 9.3, 9.4 und 11.4

Geh-, Fahr- und Leitungsrecht gem. TF 13.1/13.2/13.3/13.4 Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind hier: Abstandsfläche zur B 103

Nachrichtliche Übernahmen (gemäß § 9 Abs. 6 BauGB)

Umgrenzung von Schulzgebieten und Schultzobjekten in Sinne des Naturschutzrechts Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitunge

—♦——♦— unterirdisch -×-♦----♦× zu entfernen Plansymbole ohne Normcharakter

Abschnitt "B" des Lärmschutzbauwerkes, vgl. TF 14.2 von den besonderen Festsetzungen der Höhenlage in der textlicher Festsetzung 5.1 ausgenommene überbaubare Grundstücksflächen

## Textteil B

	Acer negundo Eschen-Ahorn	Populus tremula Zitterpappel
	Acer saccharinum Silber-Ahom	Prunus avium Vogel-Kirsche
	Acer platanoides Spitz-Ahorn	Prunus padus Trauben-Kirsche
	Acer pseudoplatanus Berg-Ahorn	Pyrus pyraster Wilder Bimbaum
	Aesculus camea Rotblühende Roßkastanie	Prunus serotina Spätblühende Traubenkirsche
	Aesculus hippocastanum Gemeine Roßkastanie	Quercus petraea Trauben-Eiche
	Alnus glutinosa Schwarz-Erle	Quercus robur Stiel-Eiche
	Betula pendula Hänge-Birke	Quercus ruba Rot-Eiche
	Betula pubescens Moor-Birke	Robinia pseudoacacia Roninie
	Carpnus betulus Hainbuche	Salix alba Silber-Weide
	Corvius columa Baumhasel	Salix x smithian a Kübler-Weide
	Fagus sylvatica Rot-Buche	Sorbus aria Mehlbeere
	Fraxinus exelsior Esche	Sorbus aria Eberesche
	Jugians regia Walnuß	Sorbus intermedia Schwedische Mehlbeere
	Larix decidua Europaische Larche	Sorbus torminalis Elsbeere
	Malus sylvestris Wild-Apfel	Tilia cordata Winter-Linde
	Pinus nigra Schwarz-Kiefer	Tilia platyphyllos Sommer Linde
	Pinus sylvestris Wald-Kiefer	Ulmus glabra Berg-Ulme
	Populus alba Silber-Pappel	Ulmus minor Feld-Ulme
STRÄUCHER		
	Amelanchier fruticosa Felsenbirne	Ribes sanguineum Blut-Johannisbeere
	Amelanchier ovalis Gemeine Felsenbirne	Ribes uva-crispa Wilde Stachelbeere
	Berberis vulgaris Sauerdom, Gemeine Berberitze	Rosa canina Hunds-Rose
	Caragana arborescens	Rosa corymbifera Hecken-Rose
	Gemeiner Erbsenstrauch	Rosa gallica Essig-Rose
	Colutea arborescens	Rosa glauca Rotblättrige Rose
	Gemeiner Blasenstrauch	Rosa majalis Zimt-Rose
	Cornus mas Kornelkirsche	Rosa pimpinellifolia Bibernell-Rose
	Cornus sanguinea Roter Hartriegel	Rosa rubiginosa Wein-Rose
	Coronilla emerus Strauchkronwicke	Rosa rugosa Kartoffel-Rose
	Corylus avellana Haselnuß	Rosa tomentosa Filz-Rose
	Crataegus monogyna Eingriffliger Weißdorn	Rosa villosa Apfel-Rose
	Crataegus oxyacantha Zweigriffliger Weißdom	Rubus caesius Acker-Brombeere
	Cytisus scoparius Besen-Ginster	Rubus idaeus Himbeere
	Elaegnus angustifolia Schmalblättrige Ölweide	Rubus plicatus Faltblättrige Brombeere
	Elaegnus commutata Silber-Ölweide	Salix aurita Ohr-Weide
	Euonymus europaeus Pfaffenhütchen	Salix caprea Sal-Weide
	Frangula alnus Faulbaum	Salix cinerea Grau-Weide
	Hippophae rhamnoides Sanddom	Salix purpurea Purpurweide
	Ilex aquifolium Stechpalme	Salix repens Kriech-Weide
	Juniperus communis Wacholder	Salix triandra Mandel-Weide
	Ligustrum vulgare Gemeiner Liguster	Salix viminalis Korb-Weide
	Lonicera caprifolium Echtes Geißblatt	Sambucus nigra Schwarzer Holunder
	Lonicera xylosteum Rote Heckenkirsche	Sambucus racemosa Trauben-Holunder
	Lycium barbarum Bocksdorn	Symphoricarpos albus Schneebeere
	Mespilus germanica Echte Mispel	Taxus baccata Gemeine Eibe
	Pinus mugo Berg-Kiefer	Viburnum lantana Wolliger Schneeball
	Prupus mahalah Stainwaishaal	Mileuroum coulus Mineson Schnooled

Populus x canescens Grau-Papp Populus nigra Schwarz-Pappel

#### Textteil B

#### textliche Festsetzungen

In den WA 1 bis 6 sind die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (§ 4 Abs. 3 BauNVO) nicht Bestandteil der Baugebiete (§ 1 Abs. 6 BauNVO). Die in § 4 Abs. 2 BauNVO genannten allgemein zulässigen Schank- und Speisewirtschaften sind unzulässig (§ 1 Abs. 5 BauNVO).

Mischaebiete (§ 6 BauNVO) In den Mischgebieten MI sind die in § 6 Abs. 2 BauNVO genannten allgemein zulässigen Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes (Nr. 3), Gartenbaubetriebe (Nr. 6) Tankstellen (Nr. 7) und Vergnügungsstätten (Nr. 8) nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 BauNVO). Die in § 6 Abs. 3 BauNVO genannten ausnahmsweise zulässigen Nutzungen sind nicht Bestandteil des Baugebietes (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO).

Kerngebiete (§ 7 BauNVO) In den Kerngebieten sind sonstige Wohnungen (= außer Wohnungen für Aufsichts- und Bereitschafts-personen, Betriebsinhaber, Betriebslater) unterhalb des zweiten Vollgeschosses unzulässig (3 f.Abs. 7 BauNVO). Größflächige Einzelhandleisbetriebe und Tankstellen sind nicht zulässig (§ 1 Abs. 5, 6 und 9 JaunVU).

von den Vergnügungsstätten sind folgende Arten und Anlagen nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 BauNVO);

vlachtlokale jeglicher Art; Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen mit sexuellem

Charakter ausgerichtet ist: Bordellbetriebe jeder Größe; Spiel- und Automatenhallen mit einer

Jeschäftsfläche von mehr als 150 m².

Ausschluß von Nutzungen in den Gewerbegebieten GE und GE<sup>E</sup>
In den Gewerbegebieten GE und GE<sup>E</sup> sind die unter § 8 Abs. 2 BauNVO genannten allgemein zulässigen Tankstellen nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 BauNVO). Frei- und Lagerflächen sind, mit Ausnahme des GE1, nur auf max. 25 % der jeweiligen überbaubaren Grundstücksfläche zulässig (§ 1 Abs. 4 BauNVO).
Die unter § 8 Abs. 3 BauNVO genannten ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsstätten sind nicht Bestandteil der Baugebiete (§ 1 Abs. 6 BauNVO). 4.2 Regelungen zu Wohnungen in den Gewerbegebieten GE und GE<sup>E</sup>

In den Gewerbegebieten GE und GE<sup>E</sup> eind die unter § 9 Abs. 3 BauNVO genannten ausnahmsweise zulässigen Wöhnungen für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsieter unterhalb des zweiten Völlgeschosses nur dann ausnahmsweise zulässig, wenn sie in unmittelbarern baulichen Zusammenhang mit den gewerblich genutzten baulichen Anlagen stehen. (§ 1 Abs. 7 BauNVO). 4.3 Eingeschränkte Gewerbegebiete (§ 8 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 4 BauNVO) Als Betriebe und Anlagen nach § 8 BauNVO sind, neben den Festsetzungen 4.1 und 4.2 in den eingeschränkten Gewerbegebieten GE\* nur solche Gewerbebetriebe bzw. Handwerksbtriebe. Lagerhäuser, öffentliche Betriebe, Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude, Anlagen für sportliche Zwecke allgemein und Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke ausnahmsweise zulässig, die das Wohnen nicht wesenflich stören.

#### Höhenlage und Höhe bzw. Stellung baulicher Anlager (§ 9 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 18 BauNVO; §9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Die Oberkante des Fertigfußbodens des 1. Vollgeschosses ist in den WA 1 bis WA4, mit Ausnahme der mit "H" gekennzeichneten überbaubaren Grundstücksflächen , nur zwischen 0,3 m unterhalb und 0,8 m oberhalb der Oberkante der nächstgelegenen fertiggestellten öffentlichen Verkehrsanlage zulässig.

5.2 Definition Gebäudehöhe (im GE und GE<sup>E</sup>), Traufhöhe Gebäudehöhe (OK) ist das Maß zwischen der Oberkante des Fertigfußbodens des 1. Vollgeschos-ses (unterer Bezugspunkt) und der Oberkante (First) des Gebäudes. Die Gebäudehöhe darf nur 5.3 Traufhöhe (THmin) Die in den Tabellen im Teil A (WA1 bis WA5a und MK) festgesetzten Mindest-Traufhöhen müsse

auf mindestens 2/3 der Fassadenlänge eingehalten wérden. Diese dürfen durch die unterste Kante des Dachabschlusses (ggf. Dachrinne) um maximal 0,60 m unterschritten werden. 5.4 Traufhöhen im WA1, WA2 und WA3 5.5 Stellung der Gebäude im WA1 bis WA4 (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Mindestbreite von Baugrundstücken (§ 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)

7. Bauweise (§ 22 BauNVO) 7.1 Abweichende Bauweise im WA3 (§ 22 Abs. 4 BauNVO)

Zulässig sind nur Hausgruppen (Reihenhäuser) oder je Baufeld Einzelgebäude mit mind. 24 m Gebäudelänge als Mehrparteienwohnhaus. 7.3 Offene Bauweise im WA1 und WA2 (§ 22 Abs. 2 BauNVO)

Nebenaniagen (§ 14 BauNVO) In den Allgemeinen Wohngebieten WA ist die Errichtung von Nebenanlagen in Form von Gebäuden i. S. des § 14 BauNVO im Abstand von 0 bis 2 m zu der Straßenbegrenzungslinie der öffentlichen Verkehrsflächen nicht zulässig. Ab einem Abstand von 16 m zu der Straßenbegrenzungslinie der öffentlichen Verkehrsflächen sind diese Nebenanlagen, mit Ausnahme der nach § 65 LBauO M-V genehmigungsfreien, nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.

Stellplätze, Garagen und Zufahrten (§ 12 BauNVO) und ihre Befestigung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) (§ 9 Abs. 1 Nr. ZU BAUGB)
Überdachte Sellplätze, Carports und Garagen, sind ab einem Abstand von 16 m zu der Straßenbe-grenzungslinie der öffentlichen Verkehrsflächen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Nicht überdachte Stellplätze, Grundstückszufahrten und Zuwegungen auf einem Grundstück sind, mit Ausnahme der Gemeinschaftsanlagen, ab einer Überschreitung der Gesamtfläche von 20m² unter Verwendung wasserdurchlässiger Materialien zu befestigen. 9.1 Stellplätze und Garagen im WA1 und WA2

9.2 Stellplätze und Garagen im WA3, MI und GE<sup>E</sup>

Im WA3, MI und GE<sup>E</sup> ist die Errichtung von Garagen und überdachten Stellplätzen zwischen der Straßenbegrenzungslinie und den überbaubaren Grundstücksflächen nicht zulässig. Stellplätzbereich im WA4
Die Errichtung von Stellplätzen und überdachten Stellplätzen (Carports) ist ausschließlic innerhalb der zeichnerisch festgesetzten Bereiche zullässig. Garagen sind nicht zullässig. Ein. Anordnung der Stellplätze in Senkrechtaufstellung, die ummittelbar vom Straßenraum aus anfahrbar sind, ist nicht zullässig. Die Erschließung der Einzelanlage ist über eine private Rangierläche bzw. Fahrgasse mit maximal 10 m breitern Einfahrtbereich zu gewährleisten.
Zur Bepflanzung vgl. TF Nr. 11.4.

9.4 Stellplätze im WA5a Stellplätze im WA5a
Die Errichtung von Stelplätzen und überdachten Stehplätzen ist ausschließlich innerhalb der zeichnerisch festgesetzten Bereiche (sofern diese Festsetzung erfolgt ist) zulässig. Eine Anordnung dieser Stellplätze in Senkrechtaufstellung, die unmittelbar vom Straßenraum aus anfährbar sind, ist nicht zulässig. Die Erschließung der Einzelanlage ist über eine private Rangerfläche bzw. Fahrgasse mit maximal 10 m breitem Einfahrtbereich zu gewährleisten. Sollte die Zahl der notwendigen Stellplätze dabei nicht abgedeckt werden können, sind die darüberhinausgehenden notwendigen Stellplätze auf dem gesamten Baugrundstück zulässig. Garagen (außer Tiefgaragen) sind unzulässig.

Stellplätze und Gemeinschaftsanlage Tiefgaragen im MK und unter dem

Die Errichtung von Stellplätzen ist ausschließlich innerhalb der zeichnerisch festgesetzten Flächen (GSt und TGa) sowie gemäß TF Nr. 10.1 zulässig. Überirdische Garagen sind unzulässig. 10. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Die mit TF 10.2 gekennzeichneten Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung – verkehrsberuhigt - in Verlängenung der Wohnstliche können der Erschließung maximal zweier hinterliegenden Grundstücke dienen und dürfen von diesen Anliegen mit Kiz befähren verden. In diesem Falle ist der Unterbau entsprechend herzustellen. Diese Verkehrsflächen sind zu den angrenzenden Grüh- und Ausgleichsflächen mit abschließbaren (Npolenn (a.8.) zu sichem um die Befahrbarkeit der Grün- und Ausgleichsflächen auszuschließen

11. Anpflanzen und Erhalten von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB) 11.1 Baumpflanzungen auf den Grundstücken

Auf Grundstücken, die größer als 500 m² sind, ist je angefangener 400 m² Grundstücksfläche mindesters ein Laubbaum anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen. Es sind Arten germäß Artenliste zu erwenden. 11.2 Begrünung von Nebenanlagen, Stellplätzen und Garagen Garagen und überdachte Stellplätze (Carports) sowie Nebenanlagen in Form von Gebäuden sind an ihren zum öffentlichen Raum hin gelegenen verlikalen Bauteilen mit Pflanzen zu begrünen. Werden diese in einem Abstand von 1 bis 3m zum Nachbargrundstück hin errichtet, so sind diese seltlichen vertikalen Bauteile zu mindestens 50% zu begrünen.

11.3 Begrünung von Stellplätzen (Stb) im WA6

Der Stellplätzberich ist entlang seiner nördlichen und östlichen Begrenzung mit einer Hecke abzupflanzen, im ausgewachsenen Zustand muß die Höhe der Hecke mindestens 1,50 m betragen. Zusätzlich ist durchschnittlich je 15 m Heckenlänge ein Laubbaum gemäß Artenliste zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. 11.4 Begrünung der Stellplatzbereiche im WA4 und teilweise WA5a (vgl. TF. 9.3 und 9.4)

(vgr. 1r. 9.3 und 9.4) In jedem Stellplatzbereich ist im unmittelbaren Umfeld der jeweiligen Stellplatzanlagen (bis max. 5 m Entfermung zu den befestigten Flächen) je angefangener 5 Stellplätze mindestens 1 großkroniger Laubbaum gemäß Artenliste anzupflanzen. Nicht durch Stellplätze in Anspruch genommene Flächen sind gemäß der textlichen Festsetzung 11.8 anzulegen. 11.5 Bepflanzungen der öffentlichen Verkehrsflächen

In den öffentlichen Verkehrsflächen mit 6,5 bis 12 m Breite ist je angefangener 20 m Straßenlänge einsettig ein hochstämmiger Laubbaum anzupflanzen. In den Wohnstraßen sind je 30 m Straßenlänge drei Sträucher im Grünstreifen bzw. im Bereich des Schotterrasens zu pflanzen, soweit sich dies im Straßenraum einrichten läßt. ur Gestaltung des Stadtteilplatzes sind mindestens 10 Laubbäurne zu pflanzen. ür alle genannten Pflanzungen sind Arten gemäß Artenliste zu verwenden und dauerhaft zu arhalten. Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen.

Die Haupterschließungsachse (zwischen Bertolt-Brecht-Straße und Stadtteilplatz) ist als Allee auszubilden. Zwischen Fahrbahn und Fuß-/Radwegen sind beidseitig im Abstand von durch-schnittlich 14 m Linden (Stammumfang 16/18 cm) in Pflanzbeeten von mindestens 2,5 m x 2,5 m Schmidten 144 in Linden (Staffmunning) für 8 drijn in Franzbeckert von Immersteis 2,9 in 2,9 3m. 2,9 5m. bzw. 3 x 2,25 m Größe zu pflanzen. Im Einzelfall sind in Abhängigkeit von den örtlichen Gegeben-heiten (Zufahrten, Einmündungen) Standortabweichungen von 4/2 m zulässig. Die Bäume sind dauerhaft zu erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen.

11.6 Bepflanzungen der öffentlichen Grünflächen (Parkanlagen) вернатиzungen uer оттепшенеn vrunflächten (Parkanlagen)
Die öffentlichen Grünflächen sind zu mindestens 20 % mit Sträuchern zu bepflanzen (gemäß Artenliste). Die Pflanzzichte ist mit 1 Pflanze je 1,5 m² anzusetzen. Je 1.000 m² öffentlicher Grünfläche sind 3 Laubbäume (gemäß Artenliste) zu pflanzen. Die Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen. Die verbleibenden Flächen sind als Wiese oder Rasen zu erhalten.

11.7 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sowie für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern Die Gehötzbestände sind so zu ergänzen, daß auf 80 % der Fläche eine vollflächige Bepflanzung (Pflanzdichte 1 Pflanze je 1,5 m²) aus einheimischen Laubgehötzen (gemäß Artenliste) entsteht. Die Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten, Abgänge sind gelehwertig zu ersetzen. Vorhandene Gräben und Sölle sind mit ihrer Ufervegetation zu erhalten.

11.8 Öffentliche Flächen zum Anpflanzen von Bäurnen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen Diese Flächen sind vollflächig mit Bäumen und Sträuchern, gemäß Artenliste, zu bepflanzen (Pflanzeichte 1 Pflanze je 1,5 m²). Die Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten, Abgänge sind claichwedin zu restrean 11.9 Private Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen

11.10 Private Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen bie Fläche ist zu mindestens 20 % mit Sträuchern (gemäß Artenliste) zu bepflanzen, 30% dürfen Vege und Plätze sein. Der Rest ist als Wiese oder Hausgarten anzulegen. 11.11 Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen/ Larmscriutzanlage

Der Lärmschutzwall im Abschnitt D ist auf seiner Ostseite und auf der Krone vollflächig mit

Bäumen und Sträuchen, gemäß Artenliste, zu bepflanzen (Pflanzdichte 1 Pflanze je 1,5 m²).

Die Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen. Auf dem flach
geneigten Hang der Westseite ist mittels einer geeigneten Initialansaat eine Magerwiese
anzulegen.

12. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB) Innerhalb dieser Fläche sind folgende Maßnahmen durchzuführen: 12.1 Anlage eines Regenwasserrückhaltebeckens

forderliche Zufahrten sind, außer im direkten Bereich des Beckens (schräge Abfahrt), in wasserdurchlässiger Bauweise auszuführen.
Zwischen Soll und RRB ist ein Abstand von mindestens 20 m und zwischen den vorhandenen Gehlüzbeständen und dem RRB von mindestens der Bestandshöhe der Gehötze einzuhalten.
Das Becken sowie seine Zu- und Abläufe sind naturnah auszugestalten und mit ingenieurblologischen Maßnehm en zu sichern. schen Maßnahmen zu sichern.
Die Flächen, die nicht durch notwendige technische Bauwerke in Anspruch genommen werden, sind gem. TF 12.3 anzulegen.

12.2 Entrohrung und Gestaltung von Gräben 12.3 Naturnahe Bepflanzungen und Sukzessionsfläche

Die Gehötsbetände sind durch Heister und Sträucher entsprechend der Artenliste so zu ergänzen, daß ca. 30 % der Flächer bepflanzt sind. Hier ist ein durchschnittlicher Abstand von 2 m x 1.5 m zugrunde zu legen. Die Pflanzungen sind dauerhaft zu erhalten, Abgänge sind gleichwertig zu ersetzen. Die restlichen Flächen sind der Sukzession zu überlassen. 12.4 Geh- und Radwege im öffentlichen Grün

## 13. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (§9Abs. 1Nr. 21BauGB) sowie öffentliche Wege

Erschließung des Regenrückhaltebeckens rischineisung des Regennucknatebeckens bie gekennzeichneten Flächen sind mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des tetreibers des RRB zu belasten. Für die Leitungsrechte ist bei nachgewiesenem Bedarf eine berschreitung der zeichnachte het erbeset auf Kordidorbeite zu lässie.

2 Im MK sowie in der Fläche zum Anpflanzen im WA 5a

Gasiertungen
Die gekennzeichnete Fläche ist mit einem Leitungsrecht zugunsten des Versorgungsträgers zu belasten. Die Leitungsrechte umfassen die Befugnis der Versorgungsträger unterirdische Leitungen entsprechend der bezeichneten Arz unterhalten und zu erneuern. Nutzungen wie hochbauliche Anlagen und tiefwurzelnede Bepflanzungen, welche die Unterhaltung und Erneuerung beeinträchtigen können, sind innerhalb der mit Leitungsrecht festgesetzten Flächen unzulässig. Grundstückserschließung der privaten und öffentlichen Grünfläche Die gekennzeichnete Fläche ist mit einem Geh. Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Anlieger einschließlich des Eigentümers des geschützt nach § 20 LNatG M-V geltenden Landschaftsbe-standteils "Radewiesen/Griebensolle" zu belasten.

schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Leu III-DURLEW BIT-WBITU
Innerhalb dieser Fläche (Abschnitte A, C, D)ist eine Lärmschutzeinrichtung (Wall und/oder Wand)
zu errichten. Die wirksame Schirmkante muß mind. 6,50 m über Oberkante Straßenachse der
B 103 liegen, der Abstand zwischen Straßenrand und Schirmkante darf max. 12 m betragen. Im
Falle der Anlage eines Walles ist die Westseite des Hangs mit möglichst flachen Böschungen zu
versehen (vgl. TF 11.11).

14.2 Lärmschutzwand Der gesondert gekennzeichnete Abschnitt "B" des Lärmschutzbauwerkes unter der 110-kV-Freileitung, ist als Lärmschutzwand mit der Schirmkante 5,0 m über Oberkante Straßenachse der B 103 auszuführen. Dieser Abschnitt ist insbesondere gegen Besteigen, Beklettern oder Begehen durch Unbefügte zu sichern. 14.3 Schallschutz an den Gebäuden Innerhalb der gekennzeichneten Flächen sind bei Gebäuden, die überwiegend dem Wohnen dienen, gemäß den Anforderungen der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" Baustoffe und Bauteile zu verwenden, die ein Schalldämmaß von Ri<sub>W. res</sub>= 35 erreichen. Innerhalb des Wohngebietes WA6 und der Gemeinbedarfffäliche "Schule" sind in einem Abstand von bis zu 30 m von der Geltungsbereichsgrenze (Messestraße) an den nördlichen und westlichen Gebäudewänden bei Gebäuden, die überwiegend dem Wohnen bzw. Aufenthalt dienen, gemäß den Anforderungen der DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau" Baustoffe und Bauteile zu verwenden, die ein Schalldämmaß von Ri<sub>W. res</sub>= 40 dB erreichen.

In den nicht zeichnerisch gekennzeichneten MK, GE und GE<sup>E</sup> sind bei der Errichtung von Wohnungen gemäß den Anforderungen der DIN 4109 "Schalschutz im Hochbau" Baustoffe und Bautteile zu verwenden, die ein Schalldkammaß von RW, res<sup>®</sup> 40 dB erreichen.

Anzahl der Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

#### Örtliche Bauvorschriften (§ 86 LBauo M-V)

Im Gewerbegebiet (GE)
Im Gewerbegebiet sind ausschließlich Flachdächer und flach geneigte Dächer bis max. 25° Neigung zulässig, Ausgenommen hiervon sind optisch gliedernde Elemente wie Scheingiebel oder Elemente der Dach- bzw. Fassadengliederung, die 20 % der Grundfläche des Gebäudes nicht übersteigen.

In den Misch- Wohn- und Kerngebieten beträgt die Mindest-Dachneigung 22°. Ausgenommen hiervon sind Garagen, Carports und Nebenanlagen in Form von Gebäuden. Baumaterialien Dacheindeckungen

Am Gebäude sind spiegelnde Elemente ausschließlich in Form von Fenstern und Türen sowie Elementen zur Energiegewinnung und -einsparung zulässig.

Fassaden
Die Außenwände von Gebäuden sind mit Vormauerziegeln zu verblenden bzw. in Ziegelsichtmauerwerk (DIN 105) oder als glattverputzte Fläche auszuführen. Außerdem ist die Verwendung von
natürlichen, nachwachsenden Baustoffen zulässig. Nicht zulässig ist die Errichtung von Gebäuden
mit echtem oder vorgekäuschtem Sichtfachwerk und die Verwendung von Baustoffen, die andere
Baustoffe vortäuschen. Ausgenommen von den Materialbestimmungen sind Fenster, Türen und
Wintergärten und die unter 2.2 genannten Elemente.
Bei der Verwendung von Vormauerziegeln oder Sichtmauerwerk sind weiße und weißliche Farbtöne nicht zulässig. Als Orientierung für die nicht zulässigen Farben gelten die RAL-Farben 1013
(perlweiß), 1015 (helleffenbein), 9001 (cremeweiß), 9002 (grauweiß), 9010 (reinweiß), 9016
(verkehrsweiß) und 9018 (papyrusweiß).

das Maß von 0,6 m nicht überschreiten darf. Sie dürfen nicht mehr als 0,3 m vor die Fassade ragen. Die Länge von Schriftzügen oder Zeichen an der Fassade darf nicht größer als 2/3 der Fassadenbreite sein. Zu den Gebäudekarten ist jeweils ein Abstand von mindestens 0,6 m einzuhalten. Großtafelwerbung (Euroformat –3,60x2,65m und größer) hat Bezug zur Stellung der Gebäude aufzunehmen. Großtafelwerbung mit Werbewirkung in Richtung der B 103 oder der Berthold-Breicht, Straße ist unzulässig. Die Höhe von Werbeanlagen (Großtafeln, Werbetürme) darf in den GE und GE-die zulässige Gebäudehöhe, in den WA, MI und MK die jeweils tatsächlich errichtete Trauffiche auf dem betreffenden Grundstück nicht überschreiten.

#### Planzeichenerklärung

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO-) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBI. I.S. 132), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993 (BGBI. I.S. 486) sowie die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 -PlanzV 90-) vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 I.S. 58).

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, so sind diese Funde meldepflichtig. Sie sind unverzüglich der unteren Denkmalschutzbehörde

FGL 94.14.01 DN 200: Diese FGL wurde in eine neue Trasse etwa mittig innerhalb der Sukzessionsfläche umwerlegt. Innerhalb eines 15 m Schutzbe-reiches beidseitig der neuen Leitungsachse ist die Errichtung von beuüchen Anlagen nicht zulässig. FGL 111 DN 800: Innerhalb eines 5-m Schutzbereiches, beidseitig der Leitungsachse, sind keine Anpflanzungen von Bäumen und Sträuchern zulässig. Innerhalb eines 20-m Schutzbereiches, beidseitig der Leitungsachse ist die Errichtung von Hochbauten unzulässig. Ein Unterschreiten dieses Abstandes Das Regenwasser ist gemäß § 39 Landeswassergesetz (LWaG) auf den Grundstücken zu versicke

ollte in einem Baugrundgutachten der Nachweis erbracht werden, daß dies nicht möglich ist, ist ein nschluß an die Regenwasserkanalisation zu beantragen.

Werden bei Bauarbeiten Anzeichen für bisher unbekannte Belastungen des Untergrundes, wie abartiger Geruch, anormale Färbung, Austritt von verunreinigten Flüssigkeiten, Ausgasungen, Reste alter Ablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfalle etc.) angetroffen, ist der Grundstücksbesitzer als Abfall-besitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubes nach § 11 Kreislauf-wirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG vom 27.09.1994 BGBI. I S. 2705, zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.09.1998 (BGBI. I S. 2455). Er unterliegt der Anzeigepflicht nach § 42 KrW-/AbfG. Im Plangebiet wurden Flächen vorsorglich als Verdachtsflächen gekennzeichnet. Nach bisherigen Erkenntnissen (vg.). Ergänzende Altlastenuntersuchung 12/96 und Sanierungsuntersuchung 03/98) können folgende Aussagen getroffen werden: Ehemalige Tankstelle. Bei Bodenbearbeitung oder Umnutzung (z.B. Gartennutzung, Aufenthaltsbereiche) wird eine Standortsanierung unter fachlicher Begleitung notwendig. Der mit MKW belastete Boden ist entsorgungspflichtig.

6.2 Randbereich und Abstandsfläche im Umfeld der wilden Deponie des ehemaligen Kraftverkehrs Ostseetrans. Die genaue Abgrenzung und die Zusammensetzung der in diesem Bereich eingelagerten Stoffe sind nicht bekannt. Solange hier keine konkreten Untersuchungsergebnisse vorliegen, sollen aus Vorsorgegründen für die menschliche Gesundheit hier keine sensiblen Nutzungen (Sport, Spiel, Garten, Aufenthaltsbereiche) vorgesehen werden.

Brunnen und Grundwassermeßstellen

Der zeichnerisch gekennzeichnete Bohrbrunnen Brunnen II ist gemäß § 1 Wassersicherstellungsgesetz (WasSC) als Notwasserbrunnen zu erhalten. Der Bohrbrunnen IV kann nach einzuholender Genehmigung des Antes Erir Umweltschutz der Stadt Rostock, Abtellung Wassewirtschaft enrfallen. Die Errichtung von Brunnen zur Grundwasserentnahme (z.B. für den Garten) ist im Plangebiet nicht zulässin. zulässig.
Die gekennzeichneten Grundwassermeßstellen sind gemäß § 97 LWaG und § 24 Abfallwirtschafts- und Altiastengesetz zu erhalten, die Zugänglichkeit ist dauerhaft sicherzustellen. Die Durchführung von Baumaßnahmen oder Erdarbeiten im unmittelbaren Umfeld einer Grundwassermeßstelle sowie beabsichtigte Veränderungen an einer Meßstelle sind dem Amt für Umweltschutz der Stadt Rostock, Abteilung Bodenschutz und Umweltplanung, mindestens eine Woche vor Beginn der Arbeiten mitzuteilen. Eine Beseitigung ist nur unter Zustimmung des vorgenannten Amtes und ggf. eines geeingneten Ersztes mödlich

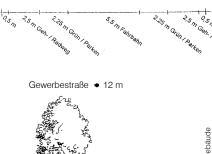
Gemäß § 69 SOG M-V ist der Eigentümer einer Sache zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung verpflichtet. Im Bereich des Bebauungsplanes liegen wahrscheinlich Kampfmittelbelastungen vor. Vor Beginn jeglicher Maßnahmen ist deshalb der Munitionsbergungsdenst zu informieren und ggf. eine Sondierung / Bergung durchzuführen.

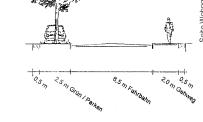
Aus den Eingriffen der Flächen für Erschließungsanlagen im Sinne des Erschließungsbeitragsrechts, des MK und des die Kleingartenanlage überplanenden GE verbleibt ein Ausgleichsdefizit von ca. 9.400 m² Fläche, die um eine Wertstufe aufzuwerten ist. Durch den Abriß der Gewächshäuser und der entsiegelung der Flächen ist diese Aufwertung um eine Wertstufe vonweggenommen worden. Innerhalb der mit "A" gekennzeichneten öffentlichen Grünfläche wird den o. gen. Eingriffen eine entsprechende Fläche angerechnet. Die Summe aller übriger möglicher Aufwertungen aus den festgesetzten Maßnahmen auf öffentlichen Grünflächen oder Maßnahmen lächen im Plangebiet wird den Eingriffen externer Planvorhaben der Hansestadt Rostock zur Verfügung stehen und dort zugeordnet. 10. Barrierefreies Bauen Gemäß derzeit gängiger Vorgaben soll bei der Planung der Erschließung des öffentlichen Raumes die DIN 18024 (barrierefreies Bauen) Beachtung finden. Vorhaben innerhalb der Abstandsflächen an der B 103

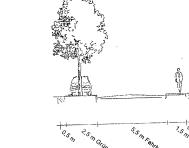
Für die Errichtung baulicher Anlagen (Lärmschutzwall) in der 20-m Anbauverbotszone nach § 9 Abs. Nr. 1 FStrG entlang der Stackautobahn (B 103) ist eine Ausnahmegenehmigung des Trägers di Straßenbaulast (Straßenbauamt Güstrow) einzuholen.

Die nicht mit Erhaltungsgebot festgesetzten Bäume dürfen nur in dem Umfang beseitigt werden, wie dies zur Verwirklichung der zugelassenen baulichen Nutzung unvermeidlich ist. Die Bestimmungen des Baumschutzes (Baumschutzeverordnung, bzw. mit deren Rechtskraft die Baumschutzsatzung der Hansestack Rostock) sind einzuhalten.

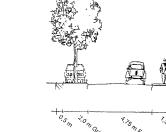
Straßenquerschnitte (M 1:300)



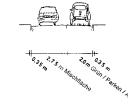




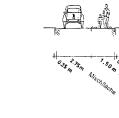




Wohnstraße • 6,5 m



Endstich ★ 5.0 m



Arbeitsstand 23.05.2000

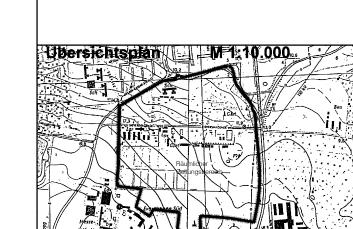
Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1986 (BGBI. I S. 2253), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 6 des Gesetzes vom 17. Dezember 1997 (BG I S. 3108), sowie nach § 86 der Landesbauordnung (LBauO M-V) vom 06. Mai 1998 (GVOBI. M-V S. 468, 612) wird nach Beschlußfassung durch die Bürgerschaft vom 07.04.1999 und mit Genehmigung des Ministeriums für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern folgende Satzung über den Bebauungsplan N 05.MI.82 "EVERSHAGEN-SÜD", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlasr Verfahrensvermerke ROSTOCK, den 26.9.2000 2. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist beteiligt worden ROSTOCK, den 26.9.2000 vom 15.09.1998 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert word Die Bürgerschaft hat am 05.03.1997 den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. ROSTOCK, den 26.9.2000 sowie der Begründung haben in der Zeit vom <u>0,104,1997</u> bis zum <u>0,205,1997</u> wahrend der Die und Offnungszeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mi dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vonnehendt werde haben. ROSTOCK, den 26.9.2000

ROSTOCK, den 26.92000

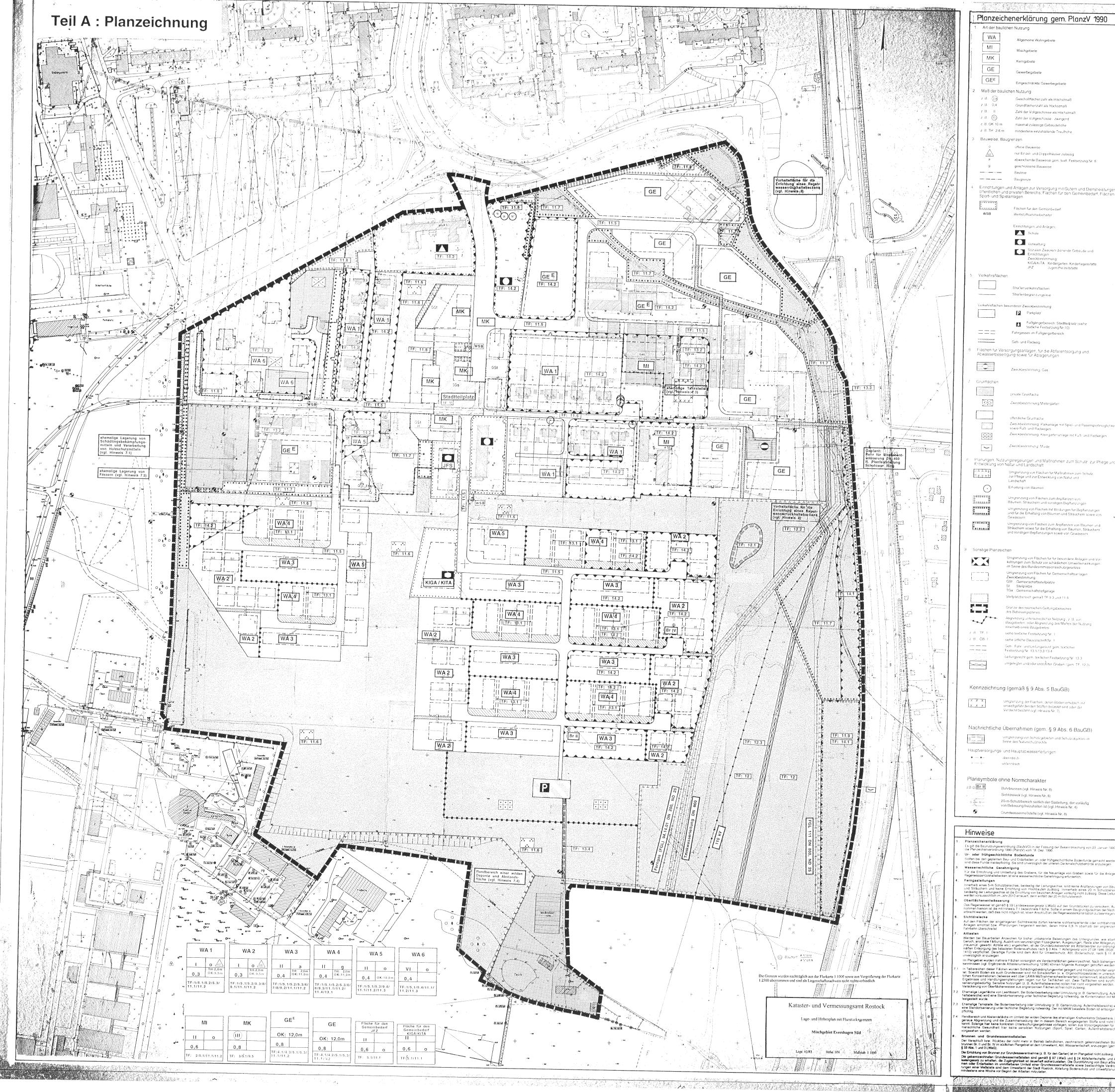
ROSTOCK, den 26.9.2000

ROSTOCK, den 27.09.00

erhalten ist, sind im Städtischen Anzeiger am 04.10.200 ROSTOCK, den 9.10.2000



**Hansestadt Rostock** Bebauungsplan Nr. 05.Ml.82 "Evershagen-Süd" M 1:2000 Mit örtlichen Bauvorschriften



Planzeichenerklärung gem. PlanzV 1990 Teil B:Planungsrechtliche Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung

GEE

Maß der baulichen Nutzung Grundflächenzahl als Höchstmaß Zahl der Vollgeschosse als Höchstr

Zahl der Vollgeschosse - zwingend z. 8. OK 10 m z B. TH 2,6 m

Bauweise, Baugrenzen nur Einzel- und Doppelhäuser zulassig abweichende Bauweise gem, textl. Festsetzung Nr. 6

---- Baugrenze Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gutern und Dienstleistungen döffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedart, Flächen fü

Sport- und Spielanlagen WSB

Schule

KIGA/KiTA Kindergarten /Kindertagesstätt JFZ Jugendfreizeitstätte

Parkplatz Fahrgassen im Fußgängerbereich

Geh- und Radweg

offentliche Grunflache

Zweckbestimmung: Muide

Pianungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz-zur Pfiege und zu Entwicklung von Natur und Landschaft Umgrenzung von Flachen für Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und

Erhaitung von Baumen

imgrenzung von Flachen mit Bindungen für Bepflanzunge

istigen Bepflanzungen sowie von Gewässe

igrenzung von Flächen für für besondere Anlagen und Vo urungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

m Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes

Jmgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlag Stellplatzbereich gemaß TF 9 3 und 11 4

Baugebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzinnerhalb eines Baugebietes

siehe lextliche Festsetzung Nr. 1 siehe örtliche Bauvorschrift Nr. 1 Geh-, Fahr- und Leitungsrecht gem, textlicher Festsetzung Nr. 13.1/13.2/13.4

Leitungsrecht gem. textlicher Festsetzung Nr. 13.3 urngelegter und/oder entrohiter Graben (gem. TF, 12.3).

Kennzeichnung (gemäß § 9 Abs. 5 BauGB)

Umgrenzung der Flachen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind oder der Verdacht besteht (vgf. Hinweis Nr. 7)

Nachrichtliche Übernahmen (gem. § 9 Abs. 6 BauGB)

Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen ◆ -- ◆- oberirdisch untendisch

Plansymbole ohne Normcharakter

Bohrbrunnen (vgl. Hinweis Nr. 8) Sichtdreieck (vgl. Hinweis Nr. 6) 20-m-Schutzbereich seitlich der Gasleitung, der voriäufig von Bebauung freizuhalten ist (vgl. Hinweis Nr. 4) Crundwassermeßstelle (vgl. Hinweis Nr. 8)

Hinweise

Es gilt die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntm die Pfanzeichenverordnung 1990 (PlanzV) vom 18. Dez. 1990. Ur oder frühgeschichtliche Bodenfunde Wasserrechtliche Genehmigung
Für die Entrohrung und Umbettung des Grabens, für die Neuanlage von Gräben sowie für die Anlage
Ragenwasserrückhaltebecken ist eine wasserrechtliche Genehmigung erforderlich.

Oas Regenwasser ist gemäß § 38 Landeswassergesatz (LWaS) auf den Grundstücken zu versickern. A nommen hiervon ist die mit Hinweis 7.1 bezeichnete Fläche. Sollte in einem Baugrundgutachten der Nac erbracht werden, daß des nicht möglich ist, ist ein Anschluß an die Regenwasserkanistation zu beantie.

Attiasten
Werden bei Bauarbeiten Anzeichen für bisher unbekannte Belastungen des Untergrundes wie abs
Genich, anormale Farbung. Ausfilt von verunreinigten Flüssigkeiten, Ausgasungen, Reste alter Ablagerur
[Hausmüll, gewerth. Ahfalle etc.] angetroffen, ist der Grundetücksbestzer als Ablaibestzer zur ordnung
mäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubes nach § 3 Abs. 1. Abfallgestet vom 27.08 1986 (303)
1410) verpflichtet. Derartige Fünde sind dem Amt für Umweitschutz, Abt. Bodenschutz, nach § 11.
unverzöglich anzuzeigen. In Teibereichen dieser Filächen wurden Schädlingsbekämpfungsmittel gelagert und Hörzschutzmitel veraltet. Sowohl Boden als auch Grundwesser sind mit Schadstoffen (v. a. Organochlorpesitzide) in unterschlichen Konzentrationen (teilweise weit über LAWA-Maßnahmenschwellenwerten) kontaminiert, abschließ- Ergebnisse und Handlungsempfehlungen liegen nur für Teilflächen vor Zwei Teilflächen sind kurztsanlierungsbedürftig. Sensible Nutzurgen (z. B. Aufenhaltsbereiche) sollen hier nicht vorgesehen werden Versickerung von Öberflächenwasser aus angrenzenden Flächen ist hier nicht zulassig.

Ehemalige Tankstelle, Bei Bodenbearbeitung oder Umnutzung (z. B. Gartennutzung, Aufenthaltsbereich eine Standortsanierung unter fachlicher Begleitung notwendig. Der mit MKW belastete Boden ist entsonlichten

Randbareich und Abstandsfäche im Umfeld der wilden Deponie des ehemaligen Kraftverkehrs Ostseeltran genaue Abgerezung und die Zusammenseltzung der in diesem Bareich eingelagerten Stoffe sind mid kannt. Solange hier keine konkreten Untersuchungsergebnisse vorlregen, sollen aus Vorsorgegründen in menschliche Gesundheit hier keine sensiblen Nutzungen (Sport, Spiel, Garten, Aufenthaltsbere vorgesehen werden. Brunnen und Grundwassermeßstellen Der Verschluß bzw. Rückbau der nicht mehr in Betrieb befindlichen, zeichnerisch gekennzeicheten B. brunnen Br. II und Br. IV im südichen Plangebiet ist dem Umweltamt, Abt. Wasserwirtschaft, anzuzeigen (ger § 33 Abs. 1 und 3 LWeg). Die Errichtung von Brunnen zur Grundwasserentnahme (z. B. für den Garten) ist im Plangebiet nicht zulässig

Allgemeine Wohngebiete (gemäß § 4 BauNVO)

n den allgemeinen Wohngebieten WA1 - WA6 sind die unter § 4 Abs. 3 BauNVO genannter ulässigen Nutzungen nicht Bestandteil des Baugebietes (gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO).

Mischgebiete (gemäß § 6 BauNVO)

Kerngebiele (gemäß § 7 BauNVO) in den Kerngebieten sind sonslige Wohnungen (= außer Wohnungen für Aufsichts- und i personen, Betriebsinhaber, Betriebsleiter) nur oberhalb des ersten Vollgeschosses zulässig inem ZaunVoll Thinkte/fen sent nehr in flecht

Gewerbegebiete (gemäß § 8 BauNVO)

Auschluß von Nutzungen in den Gewerbegebieten GE und GEE Regelungen zu Wohnungen in den Gewerbegebieten GE

Eingeschränkte Gewerbegebiete (gemäß § 8 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 4 BauNVO)

Höhenlage und Höhe baulicher Anlagen (gemäß § 9 Abs. 2 BauGB i.V m. § 18 BauNVC

Mindestbreite von Baugrundstücken (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 3 BauGB)

Stellplätze, Garagen (gemäß § 12 BauNVO) sowie Flächen für Gemeinschaftsgarager gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 22 BauGB)

Stellplätze und Garagen im WA2 Stellplatze und Garagen im WA3

3 Stellplatzbereich im WA4

Stellplatze im WAS und WA6

Stellplatze und Gemeinschaftsanlage Tiefgaragen im MK (Stadtteilplatz)

Stadtteilplatz (gemaß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

Anpflanzen und Erhalten von Bäumen. Sträuchern und sonstigen Bepflanzungei 9 Abs. 1 Nr. 25 a und b BauGB) Baumpflanzungen auf den Grundstücken Begrünung von Nebenanlagen

Begrünung von Stellplätzen Stb im WA5

Begrünung der Stellplatzbereiche im WA4 Bepflanzungen der öffentlichen Verkehrsflächen

Bepflanzungen der ötfentlichen Grüntlächen (Parkanlagen)

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Beptlanzung Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen/

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB innerhalb dieser Flache sind folgende Maßnahmen durchzuful Erhalt eines Stillgewassers is Stirgewasser (Soti innerhalb der Flache ist mit seiner öfervege

Jas Becken sowie seine Zu- und Ablaufe sind naturnah auszugestalten imit Absatzbecken i Schätzore i Wasserstauraum. Die Oferline ist durch wechsende Boschungsneigungen und Flachwalden (Schätzore i Wasserstauraum). Die Oferline ist durch wechsende Boschungsneigungen und Flachwalden (Schätzore) in Pregentierten durfen in einem Teilbereich des Beckers ist ein Dauerwalzu halten. Pregentierten durfen nur abschlichtsweise eintlang der unter an gegen. Genoprificunstensiere Weden, Erlen und Trauberkrischen) im Uferrandbereich sind unter Berücksichtigung funktionaler Vorgaben zulässig. 3 Entrohrung und Gestaltung von Gräben

.4 Naturnahe Bepflanzungen und Sukzessionsfläche 5 Fußwege

3. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB) 1 Grundstückserschließung (WA 4)

2 Grundstückserschließung (MI, GEE)

3 Trinkwasserleitung Grundstückserschließung der privaten Grünfläche

De gokennzeichnete Flache ist mit einem Gehl, Fahr- und Leitungsrecht zi Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädtichen Umwelteinwirkungen (gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Zur Ernartung von Gehölzen knierhalb der Umgrenzung dieser Flachen ist alternativ in der nordrich fleibereichen, die Britistrung einer Lamschutzwand zussseg. Die Hohe der Schirmkeiste und der Abstand-Schirmkeinte zum Straßernach muß so gewählt werden da Zitumindest die Abschurtweite die Lämsschutzwales erreicht werden. 2 Schallschutz an den Gebäuden

hallpegelbereich III) erreichen. harerhalb des Wohngebietes WA6 und der Gemeinbedarfsfläche "Schule" sind in einem Abstand von bis zu m von der Geltungsberechsgrenze (Messestraße) an den nördlichen und westlichen Gebäudewanden bei Ernsthung oder wesentlichen Anderung von baulichen Anlagen, die überwiegend dem Wohnen bzw. Auf half dienen, gemäß den Anforderungen der Dix 4109 "Schallschutz" im Hochbeut "Baustoffe und Bauliete varwenden, die ein Schalldammaß von von Ri<sub>w wa</sub> 40 dB (entsprechend Schallpegiebersich IV) erreichen.

### Ortliche Bauvorschriften

Im Gewerbegebiet (GE)

im Gewerbegebiet sind ausschließlich Flachdächer und flach geneigte Dächer (bis max. 22° Neigung) zulässig. Ausgenommen hiervon sind oplisch gliedernde Elemente wie Scheinglebel oder Elemente der Dach- bzw. Fassadengliederung, die 10 % der Grundfläche des Gebäudes nicht übersteigen (z. B. Betonung einer Gebäudeachse durch Tonnendach-Elemente, Glaskuppein o. å.). 2 in den Misch-, Wohn- und Kerngebieten (Mi, WA, MK) In den Misch- und Wohngebieten beträgt die Mindest-Dachneigung 22°. Ausgenommen hiervon sind Garagen und Nebenanlagen in Form von Gebäuden.

Laumateriallen Dacheindeckungen

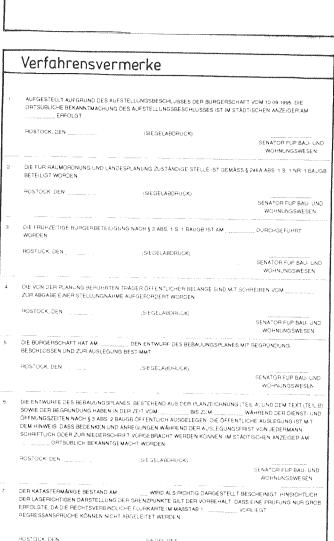
Lie Verwendung von glasierten und von hellen Dacheindeckungen ist nicht zulässig. Als Onentierung für din nicht zulässigen Farben gelten die RAL-Farben 1000 bis 1033, die das Spektrum beiger, gelber und weiß eißnebienrener Farben umlassen, die Weißneb 9001 (ceremeweiß), 2002 (grauweiß), 9010 (Reinweiß), 9000 (verkehrsweiß) und 9018 (pepyrusweiß) und die Aluminiumtäne 9006 und 9007 (Weißaluminium und Graualuminiumt. 2 Gesamtgebäude Am Gebäude sind spiegeinde Elemente ausschließlich in Form von Fenstern, Türen und Solaranlagen zuläss

Die Außenwände von Gebäuden sind mit Vormauerziegeln zu verblenden bzw. in Ziegelsichtmauerwerk (Dif oder als gieftwerputzte Fileche auszuführen. Außerdem ist die Verwendung von Holz als Fassademmateria zulässig. Nicht zulässig ist die Errichtung von Gebäuden ihtt Sichtfachwerk und die Verwendung vo Eaustoffen, die andere Baustoffe vortäuschen. Ausgenommen von den Materialbestimmungen sin Wintergarten.

Zusammenhängende Baukörper sind in bezug auf Materialien und Farben für Fassaden und Dächer sowie bezug auf die Traufhöhen und Dachneigungen einheitlich zu gestalten.

Präambel

.TZT GEÄNDERT AM 23 11 1994 (BGBL 1.S. 3486) SOWIE NACH § 86 DER LANDESBAUDRONDING (LBAUC M. V) VOM L. 1994 (GVOBL, M. V.NR. 1.1.S. 518) WIRD NACH BESCHLUSSFASSUNG DURCH DIE BURGERSCHAFT VOM



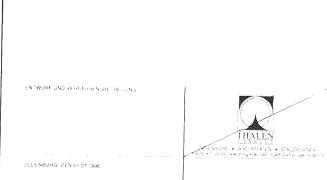
DER ENTWURF DES BEBAUUNGSPLANES IST NACH DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG (ZIFFI B) GEANDEPT CAMER HABBEN DIE EKTMURFE DES BERAUUNGSLANS, BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG (TEIL A) UND CITEXTITEIL B) SOWIE DIE BEGRÜNDUNG IN DER ZEIT VOM BS ZUM WAHREND DEP DIE UND GEFNUNGSZEITEN LEINEUT ÖFFENTLICH AUSGELEGEN DE DE DE DE DE SEANDERTEN UND EINGAL DES BESTIMMT WORDEN DASS BEDEIMEN UND ANREGUNGEN NUR ZU DEN SEANDERTEN UND EINGAL TEILE NICHORGEBRACHT WERDEN KONNTEN DIE ÖFFENTUCHE AUSLEGUNG IST MIT DEW HINWEIS, DASS BEDEIMEN UND ANREGUNGEN WAHREND DER AUSLEGUNGSFRIST VON LIEGERMANN, SCHRIFTLICH ODER 1. NIEDERSCHRIFT GELTEND GEMACHT WERDEN KÖNNEN, IM STÄDTISCHEN ANZEIGER AM ORTS.

DER BEBAUUNGSPLAN, BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG (TEIL A) UND DEM TEXT (TEIL B) WUPDE AM 

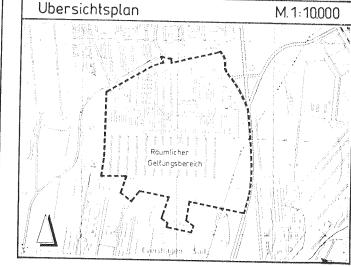
DIE NEBENBESTIMMUNGEN WURS EN DURCH DEN SATZUNGSANDERNDEN BEDCHLUSS DER RURGERSCH ERPOLLT, DIE HINWEISE SIND BLACHTET. DAS WURDE MIT VERFUGUNG DES MINISTERILMS I LANDESENTWICKLUNG UND MURELT DES LANDES MECKLENBURG VORPOMMERN VOM BESTÄTIGT.

HIERMIT AUSGEFERTIGT

A ARENO DER DIENSTSTUNDEN VON JEDERMANN EINGESEHEN WERDEN, KANN UND LIBER DER HEIL MAD. CAL.
KUNFT ZU ERRAUTEN IST, SIND IM STÄDTISCHEN ANZEIGER AM.
ORTSUBLICH BEKANNTMACHLONI IST AUF DIE GELTENDWACHLING VON VERFAHRENS- UND FORMVORSCHRIFT
UND VON MÄNGELN DER ABWÄGUNG SOWIE AUF DE HECHTSPOLGENIS 215 ABS. 2 BAUSBI UND WETFEA HAD.
I ALLIGKET UND ENGSCHEN VON ENTSCHÄDIGUNGSANSPRUCHEN HINGEWIESEN WORDEN. DIE SATZUNGAM.
IN KRAFT GETEETEN. HOSTOCK DEN



PROJEKTSEARBEITUNG DIPL ING A KLEINEUK DIPL ING I SCHMIDT "ELIHNISCHE MITARBEIT A STINOT



Hansestadt Rostock Bebauungsplan Nr. 05. Ml. 82 "Evershagen-Süd"

> Entwurf ca. M. 1:2000 Mit örtlichen Bauvorschriften